

## Canada und die Londoner Konferenz

### Die Probleme der Zusammenkunft der britischen Vertreter

Die überragende Bedeutung der außenpolitischen Fragen

Welchen Standpunkt wird der canadische Premier zu den Locarno-Verträgen einnehmen?

Einen Vorbericht von George Gambleton, dem Korrespondenten der "Canadian Press", über die am 19. Oktober in London stattfindende britische Konferenz entnehmen wir folgende Darlegungen:

Aus den vier Himmelsrichtungen des Reiches werden Vertreter der Dominions, Indiens, der Kronkolonien und Schutzgebiete zur Konferenz nach London kommen. Es werden damit die üblichen gesellschaftlichen Festlichkeiten verbunden sein und wiederum jene Fragen besprochen werden, die auf die Tagesordnung aller bisherigen Konferenzen gesetzt worden sind. Aber außerdem werden heute zwei Fragen ganz besonders im Vordergrund des Interesses stehen, von denen die eine politischer Natur ist. Einerseits wird die Beipredung der verfassungsmäßigen Beziehungen unter andern dem Mechanismus der auswärtigen Politik aufs Neue bringen — ob nämlich eine gemeinsame Außenpolitik für das britische Reich gangbar ist und welche Rolle die Dominions bei der Formulierung einer solchen Politik spielen sollen. Andererseits wird die "Leberfeste", das Bandagenproblem innerhalb des Reiches, eine hervorragende Frage wirtschaftlicher Art darstellen. Der Fortschritt der (britischen) Reichsregierung ist augenblicklich in höchst unglücklicher Lage. Um das Reich zu fördern, werden der Konferenz wahrlich eine große Aufgabe unterbreitet werden: 1. Die Dominions sollten ihre Einwanderungsbeschränkungen mildern, und 2. die Dominions sollten sich mit der britischen Regierung in die Kosten für die Umstellung städtischer Bevölkerungsstellen für die Vandalarbeit teilen.

Drei Jahre sind seit der letzten Reichskonferenz in London verflohen. In der Zwischenzeit ist das Rad der großen Politik nicht stille geblieben; neue Stoffe sind aufgetaucht und neue Probleme sind entstanden. Vor drei Jahren nahmen die wirtschaftlichen Fragen vor den rein politischen den Vorrang ein. Die Baldwinregierung hat für gewisse Produkte der Dominions die auf die britischen Märkte geliefert werden, weitere Vorzugstarife angeboten. Die damalige Konferenz begründete das britische Angebot. Premier Baldwin folgte, indem

er sich als Protektionist erklärte. Auf Grund der Schutzstarife appellierte er an die Wählerchaft und wurde geschlagen. Infolgedessen trat nur ein Teil seines Angebots in Kraft. Die Vorzugstarife werden zwar ohne Zweifel wieder auf der Konferenz angesprochen werden, aber nicht jene Rolle spielen, die sie vor drei Jahren gespielt haben.

Auch die Geister haben gewechselt. Nach zwei Wahlen ist Baldwin wieder Premierminister von Großbritannien und er wird daher auch wieder auf der Konferenz den Vortritt führen. Aber seine Kollegen sind nicht mehr dieselben. Winston Churchill wird als Schatzminister in Finanzfragen ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Anstelle von Lord Curzon wird diesmal Sir Austen Chamberlain, der am Zustandekommen der Locarno-Verträge mitgewirkt hat, die außenpolitischen Angelegenheiten der Konferenz unterbreiten. Amern wird als Staatssekretär für Dominionangelegenheiten zugegen sein. In den Dominions haben sich ebenfalls, einige Änderungen vollzogen. Premier King ist nach zwei Wahlen wieder Herr der Lage in Canada. General Smuts von Südafrika, der in Krieg und Frieden in gleicher Weise berühmt war, mußte dem Premier Herlog, dem nationalpolitischen Führer, weichen, dessen freimütige Erklärungen oftmals Aufsehen erregt haben. Rosses von Neuseeland ist dahin. An seine Stelle ist Premier Coates getreten. Von Australien wird wieder Premier Hughes kommen, der vor drei Jahren ein Projekt zur Entwicklung des Handels innerhalb des britischen Reiches unterbreitete. Der irische Freistaat wird durch Desmond Fitzgerald, den Minister für auswärtige Angelegenheiten, vertreten sein. Die indische Abordnung wird durch den Earl von Piffenhead geführt werden. Unter den neuen Persönlichkeiten der Konferenz wird Premier Herlog von Südafrika besonders im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen. Er ist der Führer der nationalpolitischen Partei, die in ihrer Verfassung die Forderung nach Kostensenkung vom britischen Reich enthält. Vor zwei Jahren hat Herlog gemeinsam mit der Arbeiterpartei unter Col. Cresswell, den General Smuts geschlagen.

Seitdem haben die Erklärungen des Premier Herlog über internationale Unabhängigkeit sowie der Vorschlag einer nationalen südafrikanischen Flagge unter Ausschaltung des "Union Jack" in den reichstreuen Kreisen viel Widerspruch gefunden. Herlog will nur so lange beim britischen Reich verbleiben, als diese Beziehungen für Südafrika vorteilhaft sind und bis die englischsprechenden und holländischsprechenden Bewohner Südafrikas darüber eine Meinung finden.

Die vollständige Tagesordnung der Konferenz wird folgende Punkte umfassen:

1. Einleitende Bemerkungen über allgemeine Fragen von gemeinsamem Interesse.
2. Berichte über die Entwicklung der auswärtigen Angelegenheiten seit der letzten Konferenz mit Diskussionen über die einzelnen Fragen.
3. Die Stellung der Dominions zu den Verträgen von Locarno.
4. See-, Land- und Luftverkehr.
5. Leberfeste.
6. Allgemeiner Wehrbeitrag über den Handel innerhalb des britischen Reiches, einschließlich einer Beipredung der Arbeit des Reichswirtschaftskomitees und der Stellung des Reichsvermerkungsamtes.
7. Reichsverschuldung einschließlich der Arbeit des Schatzkammerkomitees und Beipredung der Frage des Handelsbüros.
8. Fortschrittsberichte.
9. Fortschrittsberichte von solchen Mitgliedern, welche innerhalb des Reiches hergeheilt worden sind.
10. Die Frage der Besteuerung von staatlichen Unternehmungen.

Besonders Interesse wird natürlich die Frage der Beteiligung der Dominions an den Locarno-Verträgen beanpruchen. Alle Seiten der Verträge wird auch ihre Bedeutung für das gesamte Reich und für die einzelnen Dominions werden eingehend besprochen werden. Canada ist natürlich an dem Abkommen interessiert, das als der reiche Sicherheitspakt bezeichnet wird. Es handelt sich um den gegenseitigen Garantievertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien u. Italien. Durch ihn werden die bestehenden Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und zwischen Deutschland und Belgien andererseits anerkannt. Keine der britischen Dominions ist bis jetzt dem Vertrag beigetreten; jeder steht frei, sich anzuschließen oder fernzubleiben. Neuseeland soll für Annahme des Vertrages sein. Südafrika und Irland sind dagegen, Australien soll zum Beitritt bereit sein, wenn Canada mittelt. Premier Madenzie King hat keine Entscheidung getroffen. Welche Entscheidung die Londoner Konferenz auch treffen mag, in Canada wird die Entscheidung beim Parlament liegen.

Nach einer weiteren Mitteilung des bereits erwähnten Korrespondenten soll Premier Madenzie King für die Anerkennung folgender Grundzüge eintreten:

1. Weder Großbritannien noch die Dominions sollten sich in auswärtige Angelegenheiten einmischen, welche in erster Linie Canada allein angehen.
2. Canada sollte sich nicht in auswärtige Angelegenheiten einmischen, welche Großbritannien in erster Linie betreffen.
3. Alle Regierungen des Reiches müssen miteinander über alle Angelegenheiten konferieren, welche in elementarer Weise alle Teile des Reiches angehen.

Das gemeinsame Vorgehen in Fragen der auswärtigen Politik zwischen Großbritannien und den Dominions ist hauptsächlich durch den Krieg verurteilt worden und trat in Erscheinung im Reichskriegsministerium. Bei den Friedensverhandlungen und bei der Abrüstungskonferenz in Washington. Seitdem hat sich das Bild geändert. In Locarno waren die Dominions überhaupt nicht vertreten, weil man die Paris der gemeinsamen Aktion in diesem Falle als ungangbar erachtete. Die weitere Frage ist nun, ob die Dominions ebenfalls in einem Streitfall hineingezogen werden könnten, der sich aus der Durchführung der Locarno-Verträge unter Umständen ergeben könnte.

(Siehe auch Editorialartikel "Neue Standarten im besetzten Gebiet" auf Seite 2.)

## Fortschritte im Straßenbau von Saskatchewan

Aus dem Jahresbericht des Ministeriums

Große Aufwendungen für neue Provinzialstraßen.

Regina, Sask. — Nach dem Jahresbericht des Straßenbauministeriums für das Jahr bis zum 30. April 1926 wurden \$352,026 für die Verbesserung von Hauptmarktstraßen aufgewendet. Der Betrag für den Bau von provinziellen Straßen belief sich auf \$466,890.46 im letzten Fiskaljahr. Seit dem Beginn dieser Arbeit im Jahre 1919 bis heute wurden \$4,996,952.64 dafür verausgabt. Das Bauprogramm konnte infolge ungenügender Mittelverhältnisse im letzten Bericht nicht ganz durchgeführt werden. Zusammen wurden 392.9 Meilen fertiggestellt, jedoch sind jetzt das provinzielle Straßennetz auf 2000.8 Meilen erstreckt.

Die canadische Regierung hat bis zum 31. Dezember 1925 an den Provinzialbehörden Zuschüsse in Höhe von \$1,684,394.07 geleistet. Während des Berichtsjahres sind allein \$163,966.25 eingelaufen.

Ferner wurde ein großes Programm hinsichtlich des Baues und der Reparatur von Brücken ausgearbeitet. Insgesamt wurden 172 neue Brücken gebaut, deren Gesamtlänge sich auf 5,694 Meilen erstreckt oder auf etwas mehr als eine Meile.

Die Fährschiffen begannen zu Beginn des Monats März und während

der Saison wurden 46 Fährten unterhalten, darunter eine neue auf dem Südsaskatchewanfluß an einem Punkt nördlich von Weldon und ebenso eine temporäre Fährte auf dem Red Deer-Fluß südlich von Hudson Bay Junction.

### Der neue Generalgouverneur

Quebec. — Am Samstag traf Lord Bellingdon, der neue Generalgouverneur von Canada, in Quebec ein und wurde als Vertreter des Königs mit allen Ehren empfangen und unter Aufwand aller möglichen Prunkes festlich empfangen. Darauf erfolgte im Sitzungssaal des Legislativgebäudes von Quebec die feierliche Vereidigung des neuen Generalgouverneurs. Lord Bellingdon ist der Nachfolger von Lord Buns von Birmin. Dessen Amtsgeschäft abgelauten ist.

### Pilsudski neuer polnischer Premier

Warschau, 3. Okt. — Marschall Joseph Pilsudski übernahm das Amt des Premiers von Polen, nachdem das Kabinett von Charles Bartel juridisertretet ist. Marschall Pilsudski wird den früheren Premier Bartel als Vizepremier beibehalten und selbst das Kriegsministerium weiterführen. Bis auf drei werden alle übrigen Mitglieder des früheren Kabinetts dem neuen Kabinett angehören.

Ein Tausend uniformierte Polizisten drangen in die Wohnung des früheren Finanzministers Bierdomski ein, schlugen ihn mit dem Revolverknopf über den Kopf und misshandelten ihn noch auf andere Weise. Die Angreifer, die unbekannt entkommen waren, wie man glaubt, durch eine Rede des Finanzministers vor dem Landtag in Aufregung gebracht worden, in welcher er das Budget kritisiert hatte.

### Orkanshäden in Mexiko

Vera Cruz, 3. Okt. — Ein Orkan richtete in Vera Cruz und den umliegenden Gebieten großen Schaden an.

Dauer wurden abgedeckt, mehrere Schiffe wurden in den Hafen, ein Dampfer wurde zerstört, und schwere Schäden an der Stadt und umliegenden Gebieten. Die Stadt und umliegenden Gebieten wurden durch den Orkan fast vollständig zerstört. Die Stadt und umliegenden Gebieten wurden durch den Orkan fast vollständig zerstört.

Die Russen erklären, daß die Lieferung von Kriegsschiffen an Polen seitens Frankreichs und die Beihilfe Englands zur möglichst raschen Fertigstellung des Hafens Gdingen ein Teil der intensiven militärischen Vorbereitungen Englands, Frankreichs und der holländischen Länder gegen Sowjetrußland sei.

Dieser Meldung wird noch beigefügt, daß Lettland in der nächsten Zukunft mit der Konstruktion eines riesigen Flottenstützpunktes beginnen werde und daß Finnland Fonds für den Bau von Trockendocks bereitstellt habe. Die Schiffe bis zu 10,000 Tonnen werden aufnehmen können. Auch sollen die Finnen an der Fertigstellung eines modernen Flottenstützpunktes in Bäckö arbeiten, welcher in den Jahren 1918 und 1919 die Basis der Operationen der britischen Flotte gegen Ausland bildete.

### Eine Hinrichtung mit Hindernissen

Butte, Mont., 1. Okt. — Long Better, ein verurteilter Mörder, wurde heute hingerichtet. Nach einem Angriff auf Beamte, welche ihn zum Galgen führen wollten, war er vorher durch Tränengas übermäßig worden. Der Verurteilte überließ eine Bittschrift, die ihn in seiner Zelle aufbewahrt, sich für den Todesmarsch bereit zu machen. Er trieb den Beamten mit einem verächtlichen Gesichtsausdruck die Bitte ab, die Zelle und folgte ihm den Gang hin. Am Ende des Ganges sprang der Verurteilte durch eine Tür, die ein anderer Beamter schloß. Der Verurteilte wurde dann mit Tränengas nach seiner Zelle getrieben und nach dem Galgen getragen. Er erholte sich dort genügend, um Schmähdungen gegen Beamte und den Richter, der ihn verurteilt hatte, zu wiederholen. Verurteilte beteuerte handschriftlich seine Unschuld an der Ermordung von Antone Bowers, die zu seiner Verurteilung führte.

## Canadische Alkoholausfuhr in die Ver. Staaten

Getränkemuggel vermutlich ebenso umfangreich

Canadische Regierung will amerikanischen Prohibitionschutz unterstützen.

Ottawa, 2. Okt. — Das canadische statistische Regierungsbüro hat amtliche Ziffern veröffentlicht, die zeigen, daß in den eben zu Ende gegangenen 12 Monaten Canada auf gleichmäßigem Wege für \$27,852,408 Schnaps, Bier und Ale ausgeführt hat. Spirituolen im Werte von \$24,690,470 sind hiervon nach den Ver. Staaten gegangen. Während den letzten Wahlen in Canada hat der Getränkemuggel zwischen Canada und den Ver. Staaten eine wichtige Rolle in den Reden der führenden Politiker gespielt.

Gleichzeitig mit der Aufwindung, daß General Andrews, der Leiter der amerikanischen Prohibitionskräfte, in der canadischen Hauptstadt Unterdrückung gegen den Getränkemuggel zwischen den beiden Ländern in den Will. find der Zeitung "The Tribune" Regierungsverhältnisse zugeordnet, die zeigen, daß in den letzten 12

Monaten der Wert von Schnaps, der von Canada nach den Ver. Staaten ausgeführt wurde, \$5,186,065 betragen hat und daß in Amerika von dem gleichen Lande Bier und Ale im Wert von \$19,604,405 auf gleichmäßigem Wege eingeführt worden sind. Der Wert des auf ungesetzliche Weise eingeführten Alkohols dürfte sich auf den gleichen Wert stellen, wenn nicht höher sein und man kann annehmen, daß von dem Rest der \$27,852,408 ebenfalls viel nach den Ver. Staaten auf dem Umwege über Mexiko und die lateinamerikanischen Länder gegangen ist.

Die neue canadische Regierung hat erklärt, daß sie den amerikanischen Prohibitionskräften alle mögliche Hilfe leisten will, um den Getränkemuggel zwischen Canada und den Ver. Staaten zu unterdrücken.

## Eigenmächtige Handlungen der Meighen-Regierung

Premier Madenzie King macht Kontrakte rückgängig.

Unabhängige Veranlassung von Regierungsgeldern.

Ottawa. — Die liberale Regierung von Premier Madenzie King unterzieht die von der konservativen Regierung vorgenommenen Handlungen einer Revision, die sich insbesondere auf die Erneuerung der Carillon Power Lease und auf die Vergabe eines Kontrakts ohne öffentliches Ausschreiben für die Erbauung eines Canadian National Hotels in Vancouver bezieht. Beide Kontrakte sind aufgehoben worden; die von der Meighenregierung veranlassenen Ausgaben, zu denen eine parlamentarische Genehmigung vorlag, werden dem Unterhaus unterbreitet und müssen von ihm nachträglich genehmigt werden.

Nach einer Erklärung von Premier King hatte die Meighenregierung überhaupt kein Recht, Regierungshandlungen zu unternehmen, die weit über die Rahmen ihrer Befugnisse und über das Dringende hinausgingen. Das Mißtrauensvotum, das der Meighenregierung vom Parlament vor dessen Auflösung ausgesprochen wurde, sprach zugleich der konservativen Verwaltung jegliche Befugnis ab, besondere Ausgaben zu machen. Die Wahlen haben die Auffassung des Parlaments bestätigt. Deswegen wurden auch gewisse Kontrakte und andere Verfügungen der Meighenregierung von Premier King einfach zurückgenommen.

Eine Prüfung der von Meighen und seinen Ministern erlassenen Verordnungen zeigt, daß Herr Meighen sich tatsächlich über die Rolle eines Ministerpräsidenten und sich einfach damit begnügte, mit Zustimmung des Generalgouverneurs seine Anordnungen zu treffen.

## Danzig fördert Auswanderung nach Canada

Arbeitslosigkeit und Finanznot zwingen zu Maßnahmen

Man erwartet, daß die Deutschen in Canada gut aufgenommen werden.

Danzig, 2. Okt. — Befanlich geöffnete Deutschland in Genf als neueingetretenes Mitglied des Völkerbundes seine Anregungen für Wiltberung der großartigen Härten des Berliner Vertrags mit einer Hilfsforderung des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, für die vom Reich abgetrennten Ostgebiete deutschen Stammes, namentlich für Polen und für Danzig, wo die Regierung in eine arge Finanzklemme geraten ist, weil sie für die große Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter Notstandsarbeiten hat einführen müssen. Dr. Stresemann wies dabei auf die traurigen Folgen hin, die der Völkrieg zwischen Deutschland und Polen für den Freistaat Danzig im Gefolge hat, und verlangte die Beendigung dieser unerwünschten Zustände. Dr. Stresemann legte dem Völkerbund ans Herz, aber mittlerweile ist die Regierung des Freistaates Danzig selbst auf einen Ausweg verfallen, welcher eine Erleichterung der Bürde der Unterhaltung seiner notleidenden Beschäftigungslosen und gleichzeitig ihrer Finanznot herbeiführen angibt. Sie hat nämlich ihre Arbeit abgegeben, die Auswanderung ihrer Beschäftigungslosen, die nicht unterzubringen sind, amtlich zu ermutigen und eventuell finanziell zu fördern; besonders die Auswanderung nach den südamerika-

nischen Ländern und den verschiedenen Provinzen Canadas, wo die reichhaltigen, fleißigen deutschen Arbeiter mit offenen Armen willkommen heißen und gebührend gewürdigt werden. Eine solche direkte Förderung der Auswanderung steht bislang in Ländern deutscher Zunge vereinzelt da.

### Bedeutung deutsche Industrieentwicklung

Der Farben-Traut hat die Mehrzahl der Aktien der Erdöl-Gesellschaft übernommen.

Die Vereinigung wird, wie man annimmt, nicht nur genügend Feuerkraft liefern, um Deutschland unabhängig von dem Rest der Welt zu machen, sondern auch einen Überfluß für die Ausfuhr produzieren.

## Die Schiffe von Gernersheim

Eindrucksvolle Kundgebung gegen die Befehlswillkür

Gesamte deutsche Presse in lebhafter Erregung.

Gernersheim, 3. Okt. — Die Verdringung am 27. September von dem französischen Leutnant Raucier hier getöteten Zivilisten Emil Müller gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Alle Geschäftsbauer waren geschlossen und Trauerflor trugte die Straßen ein, durch die der Leichenzug sich bewegte. Das Trauergeklänge aller Klöster der Stadt erklang während der Trauerfeierlichkeiten. Schulführer, die Feuerwehr, die rote Kreuz-Abteilungen und verschiedene Bataillone der Stadt marschierten hinter der Leiche. Die franz. Befehlstruppen wurden während der Verdringung von den Straßen ferngehalten.

Raucier, der beschuldigt ist, am Montag Müller erschossen und zwei andere Männer, einen davon lebensgefährlich, verurteilt zu haben, wurde nach einem Vorbericht vor einem französischen General aus Koblenz gerichtet nach Bandau und dann nach Rancan als Hängling gebracht.

Herr Volkmann, einer der von dem französischen Leutnant Raucier verurteilten Deutschen, wurde von den französischen Behörden verhaftet. Er ist beschuldigt, Raucier während des Streits geschlagen zu haben. Die Verhaftung erfolgte nach einem Bericht von Volkmann und dem Leutnant in Rancan. Die Bevölkerung von Gernersheim ist über die Verhaftung erbittert.

Berlin, 2. Okt. — Die deutschen Zeitungen jeder politischen Richtung betrafen den Gernersheimer Vorfall als einen Beweis, daß das militärische Vorgehen des größten Hindernis für eine französisch-deutsche Verständigung bilde.

Solange fremde Truppen auf deutschem Boden stehen, laagen sie werden Janz und Zwiespalt sich ereignen, und eine Solae könnte sein, daß die ganze Arbeit der Veröhnung, die von den Außenministern Briand und Stresemann mit ihren Unterhandlungen in Genf und Thoirn begonnen wurden, zerstört werden wird.

Die Beibehaltung der Besetzung wird als besonders erniedrigend empfunden, da Deutschland nun in dem Völkerbund ein Teilhaber mit seinen früheren Feinden ist. Die Presse in der Polz ist in der Forderung besonders nachdrücklich, daß Maßnahmen getroffen werden sollten, die mit dem Geiste der Locarno-Verträge im Einklang stehen.

Frankfurt a. M., 2. Okt. — Das Wolff-Büro, eine halbamtliche deutsche Nachrichtenagentur, sagt, es sei bekannt geworden, daß nur 3000 Mann der Besatzungsstruppen in der Gegend von Mainz und Koblenz jurisdizieren werden sollen, anstatt der erhofften 6000.

(Siehe auch Editorialartikel "Neue Standarten im besetzten Gebiet" auf Seite 2.)

Anderer Vorschläge auf dem Gebiet